

Niederschrift
der 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.10.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 19:05 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Thomas Lewing

Mitglieder

Herr Prof. Dr. Rupert Eilsberger

Herr Jan Gottschling

Herr Jürgen Suhr

Herr Peter van Slooten

bis 19:00 Uhr

Vertreter

Herr Lothar Franzke

Vertretung für Herrn André Meißner

Herr Thomas Schulz

Vertretung für Herrn Stefan Nachtwey

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Ulrike Danzmann

Frau Susanne Kleine

Herr Stephan Latzko

Frau Beate Löffler

Herr Wolfgang Sund

Frau Kristina Wilcke

Herr Ekkehard Wohlgemuth

Gäste

Herr Gerd Habedank

Herr Peter Mühle

bis 18:45

Frau Ronny Planke

Frau Gisela Konetzny

Frau Haacker

Herr Jens Musche

Herr Sauter

Herr Albrecht Struck

Herr Jens-Peter Woldt

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 22.09.2016
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Sportstättenentwicklungsplanung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0045/2016
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Entwurf des Lärmaktionsplanes für weitere Öffentlichkeitsbeteiligung
- 4.2** Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016
- 4.3** zur Erweiterung der Fußgängerzone der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten
Vorlage: AN 0094/2016
- 4.4** Chancen der Elektromobilität für Stralsund sichern
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0051/2016
- 4.5** Initiative für mehr Grün in der Altstadt
- 4.6** Anhörung eines Sachverständigen zum geplanten Probekreislauf
- 4.7** Entstehende Rückstaus durch die Nutzung von Parkhäusern
- 4.8** Beschädigungen an Autos u. a. durch Skateboardfahrer in Parkhäusern
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Ergänzungen / Änderungen von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 22.09.2016

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung wird bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Sportstättenentwicklungsplanung der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0045/2016

Herr Tuttlies bedankt sich für die geleistete Arbeit bei seinen Mitarbeitern und die Geduld der Ausschussmitglieder, weil die Planung einige Zeit in Anspruch genommen hat.

Herr Tuttlies erläutert die Vorlage ausführlich. Er berichtet, dass in Stralsund über 10.000 Menschen in 66 Sportvereinen organisiert sind. Es gibt 20 Sporthallen, eine Schwimmhalle, 8 Groß- und Kleinfeldanlagen und vieles mehr.

Die vorgelegte Planung ist deshalb wichtig, um einen Überblick zu bekommen, was in welchem Zustand schon vorhanden ist. Ziel ist es auch, Räume für den Sport zu sichern. Neben den vorhandenen Sportplätzen und –anlagen gibt es viele Spielplätze allerdings nur für die Altersgruppe von 2 – 8 Jahren bzw. 6 – 10 Jahren. Spielplätze für Jugendliche fehlen. Für alle Sportstätten sind Haushaltsmittel für die Unterhaltung Sanierung, Modernisierung oder Neubau notwendig. Betrachtet wurde auch, was für Sportanlagen befinden sich im Umland, um daraus abzuleiten, was in Stralsund noch benötigt wird bzw. worauf kann verzichtet werden.

Das Konzept enthält eine Auflistung aller kommunalen Sportstätten mit einer Beschreibung des Bauzustandes. Außerdem ist dargestellt, welche Maßnahmen an den einzelnen Objekten bisher durchgeführt wurden und welche noch notwendig sind.

Weiterhin enthält das Konzept eine alte Prioritätenliste, daran lässt sich erkennen, welche Maßnahmen bisher durchgeführt wurden.

Außerdem enthält das Konzept für jede Sportstätte eine Schätzung, wie hoch der Finanzbedarf ist. Dabei wird nach den jeweils notwendigen Maßnahmen unterschieden. Daraus ergibt sich ein Bedarf von ca. 25 Mio. €.

Mit den genannten Daten wurde dann eine neue Prioritätenliste erarbeitet. Die Liste enthält neben den Projekten, die begonnen werden können oder die von der Verwaltung als notwendig erachtet werden, zwei weitere Prioritäten. Es handelt sich hierbei um Sportlive e. V. und die Sportbogenschützenanlage. Die beiden Vereine möchten eigene Anträge beim Sportbund stellen und benötigen dafür ein Votum der Hansestadt, dass die Vorhaben Unterstützung finden.

Für das Stadion „Kupfermühle“ und die Sporthalle „Juri Gagarin“ wurden die Anträge auf Fördermittel gestellt.

Herr Tuttlies nennt weitere Sportstätten aus der Prioritätenliste und begründet deren Aufnahme.

Herr Haack bedankt sich für die gute Arbeit.

Herr Suhr möchte wissen, ob für den Fußballrasenplatz eine Planung notwendig ist. Außerdem möchte er wissen, ob die Rosa-Luxemburg-Sporthalle die Anlage ist, welche Sportlive e. V. nutzen will. Weiterhin fragt er, welche Unterhaltungsmaßnahmen im Haushaltsjahr machbar sind. Abschließend fragt Herr Suhr, ob die Prioritätenliste variabel ist.

Herr Tuttlies bestätigt, dass die Abarbeitung der Prioritätenliste nach zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln erfolgt und sie deshalb flexibel ist. Die Rasenfläche in Knieper West wird bereits jetzt zur Nutzung für Kinder- und Jugendsport ertüchtigt. Es wird Sand aufgefüllt planiert und nachgesät. Planung bedarf die notwendige Drainage. Es werden bereits Gespräche mit einem Planer geführt.

Hauptnutzer der Rosa-Luxemburg-Sporthalle ist Sportlive e. V. , allerdings nicht als alleiniger Nutzer. Diese Halle wird außerdem als Ausweichmöglichkeit für Schulsport genutzt. Der Verein möchte den Sportplatz neben der Halle, welcher zum Teil schon genutzt wird, gestalten. Dafür ist ein langfristiger Pachtvertrag nötig.

Für die Unterhaltungen der Sportanlagen stehen 35.000 € zur Verfügung.

Auf die Frage von Herrn Gottschling antwortet Herr Tuttlies, dass die Sporthalle auf dem Dänholm sich nicht in kommunaler Hand befindet.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0045/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Entwurf des Lärmaktionsplanes für weitere Öffentlichkeitsbeteiligung

Im Jahr 2013 hat sich die Verwaltung bereits mit dem Thema Lärmaktionsplan beschäftigt. Der Plan basiert auf der Umgebungslärmrichtlinie. Damals wurde ein Büro beauftragt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Es gab eine Öffentlichkeitsbeteiligung und es wurde ein Abschlussbericht erstellt. Dieser wurde allerdings nicht in eine Vorlage eingearbeitet, so dass es nicht zur Beschlussfassung kam.

Jetzt soll es erneut eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben, die Unterlagen werden ab dem 07.11.2016 öffentlich ausgelegt. Anschließend wird eine entsprechende Vorlage erarbeitet, welche dann im Ausschuss beraten werden soll.

Die Unterlagen werden unter Zugrundelegung der Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsbeteiligung überarbeitet.

In der Vorlage werden auch Maßnahmen aufgeführt, welche von der Verkehrsbehörde im übertragenen Wirkungsbereich durchgeführt werden. Insoweit kann es von der Bürgerschaft nur eine Empfehlung geben.

In dem Plan werden vor allem Bundes- und Landesstraßen mit einem minimalen Verkehrsaufkommen von 3 Mio. Fahrzeugen im Jahr betrachtet. Die Verwaltung hat die Planung auf das Hauptstraßennetz ausgeweitet. Hier werden alle Straßen mit Tempo 50 und einem Verkehrsaufkommen von über 8000 Fahrzeugen am Tag betrachtet.

Herr Suhr erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Vorlage.

Herr Bogusch antwortet, dass vorgesehen ist, die Vorlage vor der Sommerpause 2017 durch die Bürgerschaft beschließen zu lassen. Außerdem möchte Herr Suhr wissen, ob die 13 genannten Maßnahmen erweiterbar sind. Darauf antwortet Herr Bogusch, dass die Verwaltung eine für sie sinnvolle Begrenzung vorgenommen hat. Der Bürgerschaft steht es frei, die Maßnahmenliste zu erweitern. Herr Lastovka ist sicher, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung neue Maßnahmen hinzukommen werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Suhr antwortet Herr Bogusch, dass die Wasserstraße aus verschiedenen Gründen nicht betrachtet wurde.

Herrn Mühle interessiert, ob konkrete Messungen zur Feststellung der Lärmbelastung durchgeführt wurden. Dies verneint Herr Bogusch, Grundlage für Lärmuntersuchungen sind immer Berechnungen.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: AN 0066/2016

Herr Bogusch teilt mit, dass eventuell eine Fläche in Knieper West für einen Hundeplatz in Frage kommt, allerdings möchte die Verwaltung noch Gespräche mit Anwohnern dazu führen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 4.3 zur Erweiterung der Fußgängerzone der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten
Vorlage: AN 0094/2016

Herr Lastovka berichtet, dass das Thema in seiner Fraktion keinen großen Anklang gefunden hat. Herr Kramer von der Ratsapotheke hat Bedenken geäußert, da seine Kunden teilweise schlecht zu Fuß sind und auch das danebenliegende Ärztehaus sollte mit dem Auto erreichbar bleiben.

Herr van Slooten entgegnet, dass es in der Altstadt mehrere Apotheken gibt, bei denen es nicht möglich ist, direkt mit dem Auto vorzufahren. Eine Verlängerung der Fußgängerzone wird sich vermutlich so entwickeln wie der Alte Markt selbst und für eine Belebung sorgen. Er bittet den Antrag wohlwollend zu prüfen.

Herr Suhr fragt, ob auch eine Verkehrsberuhigung möglich ist und geprüft werden kann.

Herr Bogusch erklärt, dass es schon beim Ausbau der Straße Überlegungen gab, perspektivisch eine verkehrsberuhigte Zone zu schaffen oder die Fußgängerzone durch die Straße zu erweitern. Aufgrund dessen wurden keine Hochborde eingebaut und die Granitplatten wurden relativ eben gestaltet. Ein verkehrsberuhigter Bereich wurde bereits in der Mönchstraße eingerichtet. Hier liegt das Problem bei der Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit. Es muss abgewägt werden, ob das Fußgängeraufkommen in dem Bereich so hoch ist, dass man ihn als Fußgängerzone ausweisen will.

Herr Schulz befürchtet, dass im Kreuzungsbereich Autos abgestellt werden könnten. Außerdem ist die Straße aus seiner Sicht sehr breit. Er ist noch unentschlossen bezüglich einer Fußgängerzone.

Herr van Slooten vermutet, dass durch eine Verkehrsberuhigung auch neue Nutzungsmöglichkeiten für die dort befindlichen Gebäude bestehen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema Anfang nächsten Jahres erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 4.4 Chancen der Elektromobilität für Stralsund sichern
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0051/2016

Herr Bogusch teilt mit, dass sich die Stadt mit dem Thema bereits auseinandergesetzt hat. Die Stadt verfügt über Elektrofahrzeuge. Die Stadtwerke haben auf dem Burger King Parkplatz eine Elektrotankstelle eingerichtet. Wenn möglich, wurde bei den einzelnen Maßnahmen auf Fördermittel zurückgegriffen. Herr Suhr weist darauf hin, dass in anderen Städten, dass Thema anhand eines Konzeptes verfolgt wird, als Beispiel zeigt er den Aktionsplan der Hansestadt Rostock. Auch aus finanziellen Gründen bzw. aufgrund von Fördermöglichkeiten hält er eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Thema ebenfalls für sinnvoll.

Herr Lastovka lässt darüber abstimmen, ob der Antrag im Ausschuss weiter verfolgt werden soll.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Damit wird der Antrag weiter beraten.

Herr Bogusch wird sich mit den Kollegen aus Rostock in Verbindung setzen und sich nach Fördermöglichkeiten für die Erarbeitung eines Konzeptes erkundigen.

Herr Suhr weist auf eine Fördermöglichkeit des Energieministeriums M-V aus dem letzten Jahr hin.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema im Februar erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Bis dahin soll geklärt werden, ob Fördermittel für das Projekt gewonnen werden können.

zu 4.5 Initiative für mehr Grün in der Altstadt

Herr Lastovka erteilt bei Zustimmung der Ausschusmitglieder das Rederecht für Frau Konetzny und Frau Haacker von der Initiative „Mehr Grün in der Altstadt“.

Frau Konetzny beginnt damit, ihren Werdegang kurz zu schildern. Sie stellt fest, dass mehr Bänke in der Altstadt benötigt werden.

Dieses Anliegen kommt allgemein in Gesprächen mit Gästen und Bürgern Stralsunds zum Ausdruck.

Auch Schulen und ältere Mitbürger wollen bei dem Projekt mitwirken.

Frau Konetzny betont, dass viele positive Rückmeldungen zu dieser Initiative kamen.

Es besteht der Gedanke, sogenannte „Pflanzenpatenschaften“ zu schließen, damit Blumen regelmäßig gepflegt werden und erhalten bleiben.

Die Förderschule hat bereits die Bereitschaft zu einer Partnerschaft erklärt.

Angestrebt wird, dass das Rondell vor dem Theater, von Schülern im Rahmen dieses Projektes mit Wildblumen bepflanzt werden soll.

Frau Konetzny kritisiert die Bepflanzung der Kübel mit Plastikblumen vor Cafés oder vor dem Rathaus.

Beim ehemaligen Haus der Gewerkschaften könnten feststehende Kübel und Bänke für eine Verschönerung sorgen.

In der Innenstadt, betont sie, gibt es die Idee, Regenrinnen mit Kletterpflanzen beranken zu lassen. Herr Lastovka stellt klar, dass Maßnahmen an Privatgebäuden schlicht einfach nicht Aufgabe der Stadt sind. Er schlägt vor, dass die Mitglieder der Initiative Kontakt mit den Eigentümern aufnehmen und Möglichkeiten besprechen.

Frau Konetzny erklärt, dass sie die Meinung der Stadtvertreter zu der Idee einholen möchte, um dann weitere Schritte zu unternehmen.

Aus Sicht von Herrn Lastovka spricht bei konkreten Vorschlägen nichts dagegen, diese im Ausschuss zu besprechen.

Herr van Slooten greift das Problem mit dem öffentlichen bzw. privaten Raum nochmals auf. Es ist schon einiges in der Stadt passiert und es wird weitere Maßnahmen geben.

Herr Suhr bedankt sich für die Initiative.

Hinterfragt wird von ihm, was die Verwaltung tut, um die im öffentlichen Raum nutzbaren Flächen so zu begrünen, dass das Stadtbild sich positiv verändert.

Herr Suhr möchte auch wissen, ob es für die Stadt möglich ist, Privatleute für diese Initiative zu unterstützen.

Herr Lewing findet Stralsund bereits sehr grün. Es muss auch bedacht werden, wofür Stralsund den Weltkulturerbetitel erhalten hat. Er sieht für weitere Maßnahmen in der Altstadt keinen Bedarf.

Herr Wohlgemuth betont, dass die Unterbringung von Elementen im öffentlichen Raum andere Anforderungen, wie z.B. Barrierefreiheit, nicht überschneiden darf.

Man muss einen Unterschied zwischen Wohn- und Geschäftsstraßen machen. Jede Maßnahme muss einzeln geprüft werden, da es keine pauschale Lösung gibt.

Herr van Slooten schlägt vor, die Diskussion vorerst zu beenden. Er bittet um die Übersendung der Unterlagen an die Ausschusmitglieder. Herr Suhr hinterfragt, wie mit dem im privaten Raum festgelegten Biotopflächenfaktor umgegangen wird.

Herr Lastovka schlägt vor dieses Thema in einer der nächsten Sitzung genauer zu besprechen.

Herr Wohlgemuth sagt, dass dieser nur teilweise eingehalten wird.

Frau Haacker vermisst bestimmte Bänke in der Innenstadt aufgrund von Vandalismus. Sie hofft, dass diese wieder ersetzt werden.

Herr Lastovka bittet noch einmal darum, den Ausschussmitgliedern die Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Frau Konetzny fasst noch einmal kurz das Gewünschte zusammen und bedankt sich.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.6 Anhörung eines Sachverständigen zum geplanten Probekreisel

Herr Lastovka beantragt Rederecht für Herren Albrecht Struck. Die Ausschussmitglieder haben keine Einwände.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Herr Struck berichtet von seiner früheren Tätigkeit. Er zieht zum Vergleich einen Kreisverkehr in Knieper West heran und geht von einer Gesamtfläche von ca. 44 m mit Außenanlagen aus. Ein Bypass am Kreisverkehr ist aus verkehrstechnischer Sicht fraglich. Der Nachteil einer Ampellösung ist, dass in einer Richtung immer Stau ist, im Kreisverkehr herrscht zumindest immer zähfließender Verkehr. Es gibt Untersuchungen die belegen, dass die Sicherheit in einem Kreisverkehr ungleich höher ist, als die an einer Ampelkreuzung. Die Kosten für beide Varianten hängen von der Ausschreibung und den örtlichen Gegebenheiten ab. Bei der Ampelkreuzung entstehen zusätzlich Betriebskosten.

Abschließend erklärt Herr Struck, dass, wenn es baulich möglich ist, die Vorteile eher beim Kreisverkehr liegen. Zu beachten ist dabei auch der bauliche Untergrund.

Herr Gottschling hat Bedenken, dass es zu Rückstaus kommt, wenn die Einfahrt in den Kreisverkehr einspurig erfolgt. Außerdem weist er auf die vielen Radfahrer und Fußgänger hin, die diesen nutzen würden. Die Fraktion Linke offene Liste würde bei einer Erneuerung der Ampelanlage den Vorschlag der Verwaltung unterstützen.

Herr van Slooten erwartet keinen größeren Rückstau mit einem Kreisverkehr und auch die Situation der Fußgänger und Radfahrer verändert sich aus seiner Sicht mit einem Kreisverkehr nicht.

Herr Struck betont, dass es an einer Ampelkreuzung zwangsläufig zum Stau kommt, der in einem Kreisverkehr entfällt. Durch die Reduzierung der Spuren bei einem Kreisverkehr entsteht mehr Platz für die Nebenanlagen. Er betont nochmal, dass das Unfallrisiko mit einer Ampelanlage weitaus höher ist, als bei einem Kreisverkehr.

Herr Struck kann die Baukosten nicht einschätzen, würde sich aber nicht für eine Ampellösung aussprechen.

Herr Lastovka bedankt sich bei Herrn Struck und betont, dass auch dieses Thema weiter im Ausschuss beraten wird.

zu 4.7 Entstehende Rückstaus durch die Nutzung von Parkhäusern

Herr Lastovka schildert die Situation vor einigen Parkhäusern, wenn die Stadt voll ist. Er fragt, was man dagegen unternehmen kann.

Herr Habedank erklärt, dass diese Rückstaus ca. 15-mal im Jahr vorkommen. Er sieht keinen Handlungsbedarf. Herr Lastovka fragt, ob es möglich ist, für die Tage an denen das System „kollabiert“, Personal einzusetzen, um für einen besseren Verkehrsfluss zu sorgen.

Herr van Slooten spricht sich dafür aus, die Situation weiter zu beobachten und gegebenenfalls bei einer Zunahme erneut zu beraten.

Auf den Einwand von Herrn Lastovka antwortet Herr Habedank, dass der fließende Verkehr nur von der Polizei geregelt werden darf. Er betont nochmal, dass die Rückstaus an den entsprechenden Tagen zwischen 10:30 Uhr und 15:00 Uhr entstehen.

Auch Herr Haack spricht sich dafür aus, die Situation gerade als Tourismusstadt zu akzeptieren.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.8 Beschädigungen an Autos u. a. durch Skateboardfahrer in Parkhäusern

Herr Habedank erklärt, dass im Parkhaus Ozeaneum Skater anzutreffen sind. Es wurden bereits Platzverweise erteilt, allerdings kehren die Skater relativ schnell wieder zurück. Es gibt fast wöchentlich Meldungen von Sachbeschädigungen in Parkhäusern, Sachbeschädigung durch Skater ist allerdings nicht bekannt. Nach einigen technischen Problemen schließen die Rolltore der Parkhauses Ozeaneum jetzt wieder um 22:00 Uhr, wenn das Parkhaus allerdings vorher betreten wird, kommt der Betreffende auch nach Senken der Rolltore wieder aus dem Parkhaus. Ein Wachdienst rechnet sich aus Sicht von Herrn Habedank nicht. Auf Nachfrage von Herrn Lastovka erklärt Herr Habedank, dass es Kameraüberwachung in den Parkhäusern gibt, allerdings wird nur der fahrende Verkehr überwacht. Zum Teil sind auch Parkbuchten in den Aufnahmen zu sehen, dabei handelt es sich um Zufälle, die der Kameraeinstellung geschuldet sind.

Herr Lastovka merkt an, dass er darum bittet, dass, wenn eine Fragestellung an Herrn Habedank herangetragen wird, er diese korrekt und für den Ausschuss verwertbar beantwortet.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt.

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung